

9,35 Millionen Euro für den Lärmschutz



Lärmsanierung sei eine freiwillige Leistung des Bundes und der Straßenbauverwaltungen der Bundesländer. Voraussetzung für eine Förderung sei, dass die Grenzwerte deutlich überschritten seien. Diese Auskunft gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Achim Grossmann (SPD), dem SPD-Bundestagskandidaten Wolfgang Ressmann auf Nachfrage. Dieser hatte sich über die Situation an der B 9/B 39 im Bereich Speyer erkundigt. An einzelnen Häusern würden die ausschlaggebenden Werte überschritten. Sie bekämen jetzt Lärmschutzfenster. Nach Auskunft des Staatssekretärs seien bisher 9,35 Millionen Euro in den Lärmschutz an der A61 und an der B9/B39 geflossen – davon alleine rund 8,5 Millionen Euro in den problematischen Streckenabschnitt. Weitergehende Lärmschutzmaßnahmen seien aus Sicht des Straßenbulasträgers nicht erforderlich. Wolfgang Ressmann will sich jetzt in Berlin und Mainz dafür einsetzen, dass die bestehenden Lärmschutzwände erneuert und saniert werden. (red)